

Leserbrief zu „Eingriffe in die Planungshoheit: Gemeinden fürchten um Existenz“ vom 09. Mai 2008

In der Verwaltungspraxis der Bundesländer ist die Tendenz weiterhin klar erkennbar, Aufgaben durch Gesetz „hochzuzonen“, das heißt den Kommunen zu entziehen. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu in ständiger Rechtsprechung allerdings eine Grenze gezogen und festgelegt, dass bei den Gebietskörperschaften ein Kernbereich eigener Kompetenzen verbleiben muss. Hierzu zählt u. a. auch die Planungshoheit. Genau das Gegenteil wird jetzt mit dem Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) gemacht – ein erheblicher Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden. Wie sollen sich denn Gemeinden wie z. B. Joldelund mit einer intakten Infrastruktur (Kirche, Grundschule, Gaststätte, Kindergarten, Bäcker, Kaufmann, Arzt, Bank, Seniorenwohnanlage u. v. a. m.) entwickeln, wenn die Grundlage dafür, nämlich der Zuzug von Menschen oder das Bleiben der Kinder und Enkel nicht mehr möglich ist?

Nicht zuletzt durch zusätzliche Pflicht- und Auftragsangelegenheiten ohne ausreichende Kostendeckung durch Bund und Länder sind viele Gemeinden finanziell handlungsunfähig geworden, sodass sie die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung faktisch nur noch eingeschränkt nutzen können. Die Stadt Bredstedt kann aus diesen Gründen ihre Funktion als Zentralort schon seit Jahren nicht mehr oder nur unzureichend erfüllen, so dass die Umlandgemeinden zwangsläufig eine Entwicklung vollzogen haben (z. B. Einwohnerzuwachs Bredstedt-Land 35 % seit 1980) die den Vorstellungen der Zentralörtlichkeit gemäß Landesplanung zuwidergelaufen sind. Aber gerade diese Flexibilität, wie sie Kreisbauamts-Leiter Burkhard Jansen zu Recht einfordert, lässt der LEP vermissen.

Auch wenn Abteilungsleiter Püstow mit: „Lasst ihr in Kiel man die Finger davon. Das machen wir hier vor Ort viel besser.“ – es sicherlich anders gemeint hat - fällt mir hierzu nur ein Zitat von Sven Olof Joachim Palme ehemaliger Schwedischer Ministerpräsident ein, der einmal gesagt hat: »Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß und zu kompliziert seien. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan. (...) Die Politik ist zugänglich, beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie.«

Für mich ist es klar: Es wird Zeit für einen Wechsel – damit die Handelnden vor Ort nicht immer nach Kiel oder Berlin schielen müssen, um von dort die vermeintlich besser bezahlten Einsichten zu erhalten.

Nur eine Wählergemeinschaft Nordfriesland, die unabhängig agieren kann, kann auch die Interessen der Menschen vor Ort entscheidend voranbringen. Ich werde dies durch mein Wahlverhalten am 25. Mai deutlich machen.

Hans-Jürgen Fröhlich, Breklum, www.hans-juergen-froehlich.de

Kreistagskandidat der Wählergemeinschaft Nordfriesland – Die Unabhängigen